

NACHRICHTEN

Miba: Umsatz wieder auf Vor-Corona-Niveau

Der oberösterreichische Technologiekonzern Miba ist mit neun Prozent Wachstum und einem Umsatz von 971 (2010/21: 891) Mio. Euro im Geschäftsjahr 2021/22 (per Ende Jänner) wieder auf Vor-Corona-Niveau zurück. Bereits elf Prozent des Umsatzes werden mit Produkten für Energiegewinnung und -übertragung gemacht, hieß es in einer Presseaussendung am Mittwoch.

Asfinag: 755 Mio. Euro Jahresüberschuss

Die staatliche Autobahngesellschaft Asfinag hat 2021 einen Jahresüberschuss von 755 Mio. Euro eingefahren, nach 742 Mio. Euro im Jahr zuvor. Bei den Mauterlösen gab es vor allem wegen des starken Lkw-Verkehrs ein Plus von 10,5 Prozent auf 2,304 Mrd. Euro. Die Dividende für den Staat liegt bei 200 Mio. Euro. Die Schulden betragen 10,75 Mrd. Euro, nach 10,89 Mrd. Euro im Jahr 2020, teilte die Asfinag am Mittwoch mit. Die Gesamtfahrleistung auf Autobahnen und Schnellstraßen wuchs 2021 im Jahresvergleich um 10,7 Prozent auf 29 Mrd. Kilometer an.

EU will Einfuhrzölle aus Ukraine aussetzen

Die EU-Kommission will Einfuhrzölle auf alle ukrainischen Waren für ein Jahr aussetzen. Auch sollen alle Antidumping- und Schutzmaßnahmen gegenüber ukrainischen Stahlexporten aufgehoben werden, um die Wirtschaft des Landes während des Krieges mit Russland zu unterstützen, teilte die Brüsseler Behörde am Mittwoch mit.

Stimmung bei Firmen im Keller

Inflation, Lieferengpässe, internationale Konflikte und steigende Sorgen vor Liquiditätsengpässen haben die Unternehmensstimmung in Österreich klar eingetrübt. In einer KSV-Umfrage unter 1300 Firmen sagten nur noch 55 Prozent, dass sie positive Geschäftsaussichten haben. Zuletzt war die Stimmung nur im ersten Corona-Lockdown mieser.

Interview. WU-Professor Werner Hoffmann spricht über wachsenden Pessimismus und naive Verzicht-Apologeten. Er meint, dass sich Unternehmer bald für Gewinne entschuldigen müssen.

„Viele sehen nur noch die Probleme“

VON GERHARD HOFER

Die Presse: Sie leiten das Institut für strategisches Management an der WU Wien. Zynisch formuliert müssten das ja geradezu ideale Zeiten für Sie sein.

Werner Hoffmann: Aus meiner Perspektive betrachtet sind das gerade lohnende und spannende Zeiten für Leute, die sich mit strategischem Management beschäftigen. Das Mega-Thema lautet: Wie geht man mit großer strategischer Unsicherheit um? Es gibt ja nun schon zum wiederholten Mal überraschende externe Schocks, die man in dieser Form auch nicht antizipieren konnte.

Schon gar nicht einen derartigen Krieg mitten in Europa.

Damit haben nicht viele gerechnet. Wir sind also mit tiefgreifenden Veränderungen im unternehmerischen Umfeld konfrontiert, die über Nacht passiert sind.

In der öffentlichen Debatte geht es dabei mehr um die Frage, wie die Politik auf diesen Krieg reagieren soll. Was heißt das aber für Unternehmer?

Unternehmen, die in der Vergangenheit strategische Vorsorge getroffen haben, haben vor allem die Covid-Krise relativ gut überstanden und sind auch rasch wieder durchgestartet. Bei Resilienz geht es ja vorerst darum, den Schock auszuhalten. Unternehmen brauchen also genügend Cash, müssen gut aufgestellt sein, um partielle Ausfälle zu verkraften. Und dann geht es um die Regenerationsfähigkeit nach der Krise. Und ich finde, dass sich viele österreichische Unternehmen als sehr leistungsfähig erwiesen haben.

Aber auch aufgrund der massiven staatlichen Hilfen.

Natürlich. Aber es war legitim, dass der Staat unterstützt. Wir wären sonst in eine gesellschaftliche Krise dramatischen Ausmaßes gestürzt. Natürlich ist da und dort auch überfordert worden. Aber auch da muss man fair bleiben und sagen: Das war wohl unvermeidlich. Schließlich musste die Politik rasch reagieren, sie hatte ja nicht jahrelang Zeit, Förderprogramme aufzubauen.



Werner Hoffmann: „Wir haben in Österreich eine latent unternehmerfeindliche Grundhaltung.“

[Clemens Fabry]

Als schwierig erweist sich nun auch, diese Förderungen wieder zurückzufahren. Die Covid-Hilfen werden nun von Energiekosten-Hilfen abgelöst.

So sehr man dies verstehen kann, so problematisch ist das Gesamtbild. Es kann nicht sein, dass man mit jedem Problem sofort und wie selbstverständlich nach dem Staat ruft. Das wird sehr bald die Leistungsfähigkeit des Staates überfordern. Er stößt ja jetzt schon an seine Verschuldungsgrenzen.

Solang Schuldenmachen umsonst ist, scheint es keine Grenzen zu geben.

Nicht auszudenken, wenn die Zinsen wirklich steigen. Wir haben aktuell knapp sechs Prozent Inflation. Normalerweise müssten die Zinsen mindestens bei sechs Prozent sein.

Das würde die Republik vor enorme Probleme stellen.

Dann würde ein großer Teil der staatlichen Einnahmen nur für Zinszahlungen draufgehen. Tatsächlich geht es aber immer um

die Frage: Was mache ich mit dem Geld? Würde der Staat das Geld für Zukunftsinvestitionen ausgeben, in Infrastruktur oder Bildung und Forschung, ginge die Rechnung auf. Problematisch wird es, wenn wir uns heute mit Schulden ein angenehmes Leben finanzieren.

Haben wir verlernt, mit Krisen umzugehen?

Die Zeit ab den 1960er-Jahren war zumindest für die westliche Welt von außergewöhnlicher Prosperität gekennzeichnet. Es ist ja immer aufwärts gegangen, schon kleine Dellen wurden als veritable Krise wahrgenommen. Lebenserwartung und Wohlstand haben in vielen Teilen der Erde dramatisch zugenommen. Insofern passt das wahrgenommene Stimmungsbild in weiten Teilen der Bevölkerung, es sei alles schlechter geworden, nicht mit den empirischen Daten zusammen. Ich hoffe nur, dass dieser Pessimismus nicht allmählich zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung wird.

Woher kommt dann dieser Pessimismus?

Ich fürchte, dass viele Menschen nur noch die Probleme sehen und nicht eine grundsätzliche positive Gesamtentwicklung. Tatsächlich ist die Welt in den vergangenen 50 Jahren ein besserer Ort geworden. Nun müssen wir danach trachten, dass dies auch so weitergeht. Das geht natürlich nur, wenn wir neben den politischen Auseinandersetzungen vor allem das ökologische Problem lösen.

Und die These war auch, dass wachsender Wohlstand zu mehr Demokratie und Frieden führt. Ist auch nicht ganz so gekommen wie erhofft.

Ja, das ist eine Grundthese von Hayek und Popper. Wirtschaftlicher Wohlstand kann langfristig nur in einer freien, demokratischen, pluralistischen Gesellschaft funktionieren. Und jetzt wird diese These in China gerade widerlegt. Meine Antwort ist: Warten wir noch 20, 30 Jahre, ob es wirklich möglich ist, in einem totalitären System auf Dauer Wohlstand für einen großen Bevölkerungskreis zu entwickeln. Ich zweifle daran.

Aber Wohlstand wird heute von vielen anders definiert als noch vor 30 Jahren.

Ja, und dennoch muss sich jede

Generation ihre Freiheit und ihren Wohlstand selbst erkämpfen, was auch immer sie unter Wohlstand versteht.

Auch auf Wachstum wollen viele verzichten.

Wir brauchen ökologisch und gesellschaftlich vertretbares Wachstum. Das wird in den entwickelten Volkswirtschaften zu bescheideneren Wachstumswerten führen. Aber wir hätten große Probleme, gäbe es längerfristig kein Wachstum oder gar ein Schrumpfen der Wirtschaft. Denn unsere sozialen Sicherungssysteme sind nur über Wachstum möglich.

Der Sozialstaat ist ohne Wachstum also gar nicht möglich?

Diese Verzicht-Apologeten geben bestenfalls Denkanstöße, um unser tradiertes Verhalten zu hinterfragen. Aber das politische Ziel dahinter halte ich für naiv und unrealistisch.

Und irgendwann werden sich Unternehmer dann vermutlich für ihre Gewinne entschuldigen müssen.

Wir haben in Österreich eine latent unternehmerfeindliche Grundhaltung. Im Prinzip stehen Unternehmer unter einem Generalverdacht, dass sie aus Profitgier ohnehin alle Gesetze brechen oder Greenwashing betreiben. Tatsächlich sehen die meisten Unternehmen in der Nachhaltigkeit längst eine Chance, sich einen Wettbewerbsvorteil zu erschließen. Genau darüber werden wir auf dem Wiener Strategieforum diskutieren. Und ja, Unternehmen werden in Zukunft ihr Wachstum legitimieren müssen. Indem sie etwa zeigen, dass es allen relevanten Stakeholdern zugutekommt. Also nicht nur den Eigentümern, sondern auch den Kunden, den Mitarbeitern, der Region.

ZUR PERSON

Werner H. Hoffmann ist Vorstand des Instituts für Strategisches Management an der Wirtschaftsuniversität Wien. Zudem ist er Partner der Contrast EY Management Consulting und sitzt in mehreren Aufsichtsräten. Am 23. Mai wird Hoffmann beim Wiener Strategieforum an der WU Wien auftreten, das in Kooperation mit der „Presse“ stattfindet.

Teilnahmeinformation unter www.strategieforum.at

Zahlungsausfälle durch Insolvenzen steigen

Forderungsausfälle sind sehr oft die Ursache für Firmeninsolvenzen. Dennoch sichern noch viel zu wenige Unternehmen dieses Risiko ab – obwohl sie mit den gewährten Zahlungszielen für ihre Kunden direkt zu deren Kreditgeber werden und damit das gesamte Ausfallrisiko tragen. Die Ukraine-Krise, die die gesamte Weltwirtschaft zurückgeworfen hat, bringt gleichzeitig ein erhöhtes Risiko von Zahlungsausfällen in ganz Europa. Und damit eine steigende Zahl an Insolvenzen.

Gleichzeitig sind viele staatliche Finanzierungshilfen ausgelaufen, wir erleben eine massive Teuerung bei Rohstoffen und Energie. Alles keine guten Voraussetzungen, um Unternehmen am Leben zu halten. Auf der anderen Seite verzeichneten wir im Jahr 2021 so viele Neugründungen in Österreich wie seit dem Jahr 2016 nicht mehr. Hier haben die Firmen, je nach Branche und Betriebsgröße, sehr viele Neukunden, über deren Bonität und Zahlungsverhalten sie sehr wenig wissen. Selbst wenn die Geschäftsbeziehungen gut sind, bergen diese mitunter ebenfalls unangenehme Überraschungen: Langjährige Kunden bezahlen plötzlich aufgrund der schwierigen Zeiten ihre Rechnungen nicht oder verspätet. Besonders hart trifft dies Klein- oder Mittelbetriebe, denn sie unterliegen bei Forderungsausfällen dem Risiko, schnell selbst in eine finanzielle Schieflage zu geraten (Stichwort: Folgeinsolvenzen).

Cashflow absichern

Dieses Risiko ist jedoch versicherbar. Mit einer Warenkreditversiche-

rung der R+V können sich Unternehmer vor einem solchen Ausfall schützen, ihren Cashflow und damit das Weiterbestehen ihres Betriebes sicherstellen. Ein wesentlicher Schritt ist die Prüfung der Bonität der jeweiligen Abnehmer durch die R+V. Liegt ein positives Ergebnis vor, erfolgt eine Deckungszusage in einer bestimmten Höhe. Bis zu dieser Höhe sind offene Forderungen an den jeweiligen Kunden versichert. Basis für die Prämie ist der beitragsrelevante Jahresnettoumsatz, d.h. der gesamte Jahresumsatz des letzten Geschäftsjahres abzüglich Barumsätze, Umsätze mit öffentlichen Abnehmern sowie Umsätze mit verbundenen Unternehmen (z.B. Tochterunternehmen).

Rasche finanzielle Entlastung

Sollte es bereits zu einem Zahlungsverzug gekommen sein, sorgt die R+V durch rasche Schadenzahlung wieder für Liquidität: Der Geldfluss wird durch den Ersatz der Kreditversicherung gewährleistet. Diese Vorfinanzierung stellt eine wesentliche Entlastung für das Unternehmen dar und erhält die Zahlungsfähigkeit von Unternehmen auch in schwierigen Zeiten. Zudem kann die Forderung an die Hausbank als Sicherheit abgetreten werden und ist somit werthaltiger für die Besicherung.

Für nähere Auskünfte stehen österreichweit R+V-Vertriebspartner oder das Team der R+V-Kreditabteilung gerne zur Verfügung. Wir zählen in Österreich zu den führenden Kreditversicherern und sind darüber hinaus Marktführer in der Kautionsversicherung.



Dipl.-Bw. Philipp Dierig
Leiter Kredit- &
Kautionsversicherung
R+V Allgemeine Versicherung
AG, Niederlassung Österreich
www.ruv.at

